

Europa und die Asiatische Entwicklungsbank

Dies ist die deutsche Übersetzung der für das NGO-Forum on ADB verfassten Publikation
„Money from Europe – Money for Europe! A Primer on Europe’s Involvement in the ADB”

Autorin Ulrike Bey
Deutsch von Anna Kaliga

Angela E. Don and Ronald D. Masayda (Copyeditors)

Source document, “Europe Money in Asia, The Art of Asian Development Bank’s Cofinancing”, prepared
by Hemantha Withanage and Arturo C. Nuera

Published by the NGO Forum on ADB, www.forum-adb.org

April 2008

Inhaltsverzeichnis

I. Hintergrund – Europa in der Asiatischen Entwicklungsbank	3
II. Die Entwicklungspolitik der EU und ihre Asien-Strategie	5
Die Asien-Strategie der Europäischen Union.....	6
III. Finanzierung der ADB-Tätigkeiten	7
Channel Financing Arrangements	8
IV. Co-Finanzierung	9
Kommerzielle Co-Finanzierung	11
Unternehmensbeziehungen.....	13
Vermittlungsverträge	14
V. ADB-Projekte mit Beteiligung europäischer Unternehmen.....	14
VI. NGO-Engagement im Norden und Süden.....	15
Die Rolle des NGO-Forums zur ADB.....	15
NGOs in Europa und den Geberländern.....	16
Anhang:.....	19

I. Hintergrund – Europa in der Asiatischen Entwicklungsbank

Im Jahr 2006 leistete die Europäische Union (EU) – die Europäische Kommission und die 27 Mitgliedstaaten der EU – mit 49 Milliarden US-Dollar (54%) den weltweit größten Beitrag zur Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance* ODA), gefolgt von den Vereinigten Staaten und Japan. Die Europäische Union spielt damit eine wichtige Rolle bei der Entwicklungsfinanzierung und ebenfalls bei der Beeinflussung der internationalen Entwicklungsagenda.

Ein Teil der ODA geht an multilaterale Organisationen, wie UN-Vertretungen, die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken. Die Asiatische Entwicklungsbank (im Folgenden gemäß ihres englischen Namens *Asian Development Bank* als ADB abgekürzt) ist eine solche Entwicklungsbank. Gegründet im Jahr 1966, bietet die ADB Kredite und technische Unterstützung für sich entwickelnde Länder und Mitteleinkommensländer in Asien und dem pazifischen Raum. Ihr Ziel ist die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zur Armutsreduzierung.

Die Länder zahlen Beiträge an die ADB, um Anteilseigner oder Mitglied zu werden. Entsprechend der Größe des Anteils verfügt jedes Mitglied über ein gewisses Stimmrecht. Japan und die Vereinigten Staaten sind mit einem Anteil von 15,571 Prozent und 12,756 Prozent der Stimmen (Stand Februar 2007) die größten Geberländer innerhalb der ADB¹.

Von den gegenwärtig 67 Mitgliedern der ADB, sind 17 aus Europa, davon 14 aus der Europäischen Union. Die 17 europäischen Mitgliedstaaten weisen einen gemeinsamen Mitgliedsbeitrag von über 8,4 Milliarden US-Dollar auf².

Die ADB-Mitglieder der Europäischen Union sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

Unter ihnen sind einige Länder mit recht hohem Stimmanteil, wie Deutschland (3,81%) oder Frankreich (2,200%). Gemeinsam würden die EU-Mitgliedstaaten über 13,896 Prozent der Stimmen verfügen (Europa insgesamt: 15,823%), mehr als Japan und die Vereinigten Staaten.

Europäische Mitgliedstaaten			
ADB Mitgliedstaaten	Beitrittsjahr	Mitgliedsbeitrag (% der Gesamtsumme)	Stimmanteil (% der Gesamtsumme)
Belgien	1966	0,344	0,593
Dänemark	1966	0,344	0,593
Deutschland	1966	4,374	3,817
Finnland	1966	0,344	0,593
Frankreich	1970	2,354	2,200
Großbritannien	1966	2,065	1,970
Irland	2006	0,344	0,57
Italien	1966	1,828	1,780
Luxemburg	2003	0,344	0,593

¹ <http://www.adb.org/About/membership.asp>

² <http://www.adb.org/ERO/members.asp>

Niederlande	1966	1,037	1,147
Norwegen	1966	0,344	0,593
Österreich	1966	0,344	0,593
Portugal	2002	0,344	0,593
Schweden	1966	0,344	0,593
Schweiz	1967	0,590	0,790
Spanien	1986	0,344	0,593
Türkei	1991	0,344	0,593

Quelle: ADB <http://www.adb.org/About/membership.asp>, Stand: 02. Februar 2007

Jedes Land wird durch einen Gouverneur vertreten. Die verantwortlichen Ministerien im Heimatland sind zumeist das Finanzministerium oder, wie im Fall von Deutschland, das Bundesministerium für Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Das Direktorium (Board of Governors) delegiert seine täglichen Entscheidungen an den 12-köpfigen Aufsichtsrat (Board of Executive Directors), welcher die Tätigkeiten der Bank überwacht und darüber entscheidet.

Japan, die USA und China besetzen jeweils einen Posten im Aufsichtsrat, die restlichen Länder sind in geteilten Ländergruppen zusammengefasst. Die europäischen Länder sind, zusammen mit Kanada, in drei Ländergruppen vertreten, was drei Sitzen im Aufsichtsrat entspricht.

Ländergruppen:

Kanada	Deutschland	Belgien
Dänemark	Großbritannien	Frankreich
Finnland	Luxemburg	Italien
Irland	Österreich	Portugal
Niederlande	Türkei	Schweiz
Norwegen		
Schweden		

Wie bereits erwähnt, sind nicht alle Mitglieder dieser Wahlgruppen auch Mitglieder der EU. Aus diesem Grund können sie nicht mit einer EU-Stimme abstimmen. Abgesehen davon sind alle Aktivitäten und Prioritäten innerhalb multilateraler Organisationen Bestandteil nationaler Entwicklungspolitik und Entscheidungsfindung. Dennoch hat es Versuche zu mehr Koordination zwischen den europäischen Staaten gegeben, gemäß der EU-Politik für eine verstärkte Abstimmung unter den Geberländern und den Prinzipien der Koordination, Kohärenz und Komplementarität (siehe Kapitel Europa und Entwicklungspolitik).

Die ADB hat eine Vertretung für Europa in Frankfurt am Main. Laut ADB dient dies zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und zur Unterstützung der ADB in seinen europäischen Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund engagiert sie sich mit Entscheidungsträgern in der Regierung, Entwicklungsbehörden aber auch dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft³. Etwa 192 sachkundige Mitarbeiter aus den europäischen Ländern sind in der ADB beschäftigt⁴.

³ www.adb.org/ero

⁴ ADB-Jahresbericht 2006

Zusätzlich zu den europäischen Mitgliedstaaten arbeitet die ADB mit verschiedenen europabezogenen Institutionen und Organisationen, einschließlich der Europäischen Kommission (EC) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development* OECD) zusammen.

II. Die Entwicklungspolitik der EU und ihre Asien-Strategie

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, festgelegt in den „Verträgen von Rom“ (1957), bildet Entwicklungspolitik einen Bestandteil der Politik der Gemeinschaft. Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union wird als Ergänzung zur bilateralen Entwicklungsagenda ihrer Mitgliedstaaten angesehen. Allerdings implementiert die Europäische Kommission – das Exekutivorgan der Europäischen Union – auch Entwicklungsprojekte in anderen Ländern.

Der „Vertrag von Maastricht“ der Europäischen Union (1992) hat es nicht geschafft, eine gemeinsame Entwicklungspolitik der EU zu definieren, sondern sieht Entwicklungszusammenarbeit als „Gemeinschaftskompetenz von Mitgliedstaaten und Kommission“⁵. Allerdings bestimmt der Vertrag drei Prinzipien für die Entwicklungspolitik der EU: Koordination (die Verpflichtung für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, Entwicklungs- und Hilfsprogramme zu koordinieren), Kohärenz (die Verpflichtung zur Kohärenz der EU-Entwicklungspolitik mit anderen EU-Politikbereichen), Komplementarität (die Entwicklungspolitik der EU ist eine Ergänzung zur Entwicklungspolitik ihrer Mitglieder).

Die EU-Verfassung und ihr Zusatzvertrag, der „Vertrag von Lissabon“, legten ebenfalls keine gemeinsame EU-Entwicklungspolitik fest. Es wird lediglich erklärt: „Die Politik der Union und die Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit ergänzen und verstärken sich gegenseitig“. Ferner legten sie die Förderung nachhaltiger Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt fest mit dem Hauptziel der Armutsreduzierung. Die Entwicklungspolitik der EU bleibt demnach eine Ergänzung zur nationalen Entwicklungsagenda⁶.

Verschiedene Verträge und Erklärungen streben eine bessere Koordination der Entwicklungsaktivitäten an. Allerdings scheint die größte Herausforderung für die EU darin zu liegen, eine verbesserte Koordination, nicht nur in wesentlichen Erklärungen, sondern auch in der Praxis, zu erzielen.

Das Entscheidungsorgan im Hinblick auf entwicklungspolitische Angelegenheiten ist der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (im Folgenden gemäß seines englischen Namens *General Affairs and External Relations Council* als GAERC abgekürzt). Entwicklungspolitik ist demnach Teil der Außenpolitik der EU. Im Jahr 2007, einigte der GAERC sich auf den „EU Code of Conduct on Complementarity and Division of Labour in Development Policy“, einen Verhaltenskodex für die entwicklungspolitische Arbeitsteilung, um die Abstimmung unter den Geberländern und die Effektivität der Hilfsleistungen zu verbessern⁷.

⁵ Engel, Paul and Niels Keijzer „From Maastricht to the Millennium. In: D+C 2/2008, p. 62f, online: <http://www.inwent.org/ez/articles/065233/index.de.shtml>

⁶ Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/cg00014.de07.pdf> und Vertrag über eine Verfassung für Europa: <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2004:310:SOM:DE:HTML>

⁷ „A common code“. In: D+C 2/2008, p. 64, online: <http://www.inwent.org/ez/articles/065233/index.en.shtml>

Die EU Mitgliedstaaten sind an die Entscheidungen des GAERC gebunden. Beispielsweise erklärt das GAERC seit 2004 in seinem Gemeinsamen Standpunkt zu Burma die Aufhebung aller nicht-humanitären Hilfs- oder Entwicklungsprogramme (mit Ausnahme in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Menschenrechte und Umweltschutz). Daher wäre es den EU-Mitgliedstaaten nicht erlaubt, bei einer Vorstandssitzung der ADB ihre Zustimmung zu geben, sollte einem Projekt für Burma zur Abstimmung stehen⁸.

Ein großer Teil europäischer ODA geht an afrikanische Staaten und Staaten im karibischen und pazifischen Raum, den so genannten AKP-Staaten, meist ehemalige Kolonien. Asien hat keine hohe Priorität als Empfänger von ODA. Unter den ersten zehn Empfängerländern europäischer Gelder befindet sich nur eins in Asien, nämlich Afghanistan. Andere Länder mit Vorrang sind China, Bangladesch und Vietnam⁹.

Im Jahr 2004 stellten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit 43,264 Milliarden US-Dollar (52%) weltweit den größten Anteil an ODA bereit, gefolgt von den USA und Japan. Davon gingen 10 Prozent nach Süd- und Zentralasien, 7 Prozent nach Ost- und Südostasien und Ozeanien. Von der Gesamtsumme, die nach Asien ging, stellte die EU 27 Prozent bzw. 2,472 Milliarden US-Dollar für Süd- und Zentralasien, und 29 Prozent bzw. 1,942 Milliarden US-Dollar für Ostasien und Ozeanien zur Verfügung¹⁰.

Die Asien-Strategie der Europäischen Union

Im Jahr 1994 fertigte die Europäische Kommission ihr erstes Strategiepapier für Asien an: „Towards a New Asia Strategy“. In ihren eigenen Worten war dies der erste Versuch einer ganzheitlichen und ausgeglichenen Sicht auf die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und seinen asiatischen Partnern.

Im Jahr 2001 überarbeitete die Europäische Kommission ihre Strategie, mit dem Ziel „die politische und wirtschaftliche Präsenz der EU in der gesamten asiatischen Region zu verstärken und auf ein Niveau zu heben, das dem zunehmenden globalen Gewicht der erweiterten EU gerecht wird“. Dieser neue „Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften“ (*Strategic Framework for Enhanced Partnership*) beschreibt sechs Ziele, darunter verstärkte Handelsbeziehungen und gegenseitige Investitionen, sowie den effektiven Beitrag zur Armutsreduzierung und verstärktes Engagement in der Region¹¹.

In ihrer EU-Asien-Strategie erklärt die Europäische Kommission Asien politisch, wirtschaftlich und kulturell zu einem wesentlichen Partner. Für die EU sind die wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zu Asien von großer Bedeutung für den eigenen Wohlstand. Asien

⁸ vgl. z.B.: Artikel 3, Council Common Position 2006/318/CFSP

<http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:116:0077:0097:EN:PDF>
Burma ist es, aufgrund von noch fälligen Rückzahlungen, gegenwärtig nicht gestattet direkt Geld zu leihen. Allerdings ist es an regionalen Programmen beteiligt.

⁹ EU Donor Atlas 2006, Volume 1, February 2006

http://ec.europa.eu/development/body/publications/docs/eu_donor_atlas_2006.pdf

¹⁰ EU Donor Atlas 2006, Volume 1, February 2006

http://ec.europa.eu/development/body/publications/docs/eu_donor_atlas_2006.pdf

¹¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften. COM(2001) 469 entgültig. Europa und Asien: Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften, Brüssel, 4.9.2001, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0469:FIN:DE:PDF>

hat kürzlich das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (*North American Free Trade Agreement* NAFTA) überholt und ist zu Europas Handelspartner Nummer eins aufgestiegen, wobei es ein Drittel der gesamten Handelsströme Europas ausmachte. Darüber hinaus machen europäische Auslandsdirektinvestitionen (*Foreign Direct Investment* FDI) in Asien ein Drittel der europäischen Auslandsinvestitionen aus und wachsen weiter an¹².

In letzter Zeit drängt die EU auf eine Vielzahl bilateraler Freihandelsabkommen mit asiatischen Staaten wie Indien, Südkorea und dem Verband Südostasiatischer Nationen (*Association of Southeast Asian Nations* ASEAN). Damit versucht die EU die gescheiterten Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) auf bilateraler Basis fortzuführen.

Die EU glaubt, verstärkter Handel, von passenden Politikmaßnahmen begleitet und richtig ausgeführt, könne Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung und die Reduzierung der Armut fördern. Daher sollten asiatische Staaten schrittweise in die Weltwirtschaft und das multilaterale Handelssystem integriert werden. Die Förderung wirtschaftlichen Wachstums und die Ausweitung von Handel und Investitionen, ist ebenfalls die Politik der ADB um Armut zu reduzieren.

Allerdings sind die Verhandlungen über Freihandelsabkommen nicht ohne Bedingungen. Die EU will die Öffnung der asiatischen Märkte für europäische Produkte durch die Beseitigung von Handelshindernissen, die Liberalisierung von Investitionen, Auftragsvergabe durch die Regierung und die Ausweitung von intellektuellen Eigentumsrechten. Sie erscheint demzufolge von einer korporativen Agenda für EU-Unternehmen angetrieben zu werden.

Es bleibt sehr fraglich, ob diese Freihandelsabkommen eine nachhaltige Entwicklung unterstützen werden, wie von der EU behauptet, und nicht zur Marginalisierung einiger lokaler Industrien und verstärkter Armut führen.

III. Finanzierung der ADB-Tätigkeiten

Die Tätigkeiten der ADB werden finanziert aus gewöhnlichen Kapitalquellen (Ordinary Capital Resources OCR), durch Sonderfonds und verschiedene Treuhandfonds, die von der ADB verwaltet werden.

Spezielle Fonds, zu denen europäische Staaten in der Vergangenheit beigetragen haben, sind der Asiatische Entwicklungsfonds (*Asian Development Fund* ADF) und der Sonderfonds für technische Unterstützung (*Technical Assistance Special Fund* TASF), und andere Fonds wie der Asiatische Tsunamifonds (*Asian Tsunami Fund*) und der Erdbebenfonds für Pakistan (*Pakistan Earthquake Fund*)

Zwischen Januar 1967 und Dezember 2007 haben die europäischen Länder einen gemeinsamen Beitrag zum ADF von fast 9,1 Milliarden US-Dollar geleistet. Im selben Zeitraum haben sie 152,3 Millionen US-Dollar zum Sonderfond für technische Unterstützung beigetragen¹³.

¹² http://ec.europa.eu/external_relations/asia/index.htm

¹³ Aus: Quarterly Procurement Statistics: Comparison between Contribution to ADB Resources and Cumulative Procurement From Member Countries from 1 January 1967 to 31 December 2007
<http://www.adb.org/Documents/Others/QPS/2007/Q407tb78.pdf>

Beiträge zum ADF und TASF vom 1. Januar 1967 bis zum 31 Dezember 2007 Europäische Staaten (in Millionen US-Dollar)		
Staaten	ADF Kreditzusagen	TASF Beiträge
Belgien	245,900	4,601
Dänemark	279,408	5,997
Deutschland	2131,461	29,957
Finnland	154,962	2,295
Frankreich	1423,914	22,667
Großbritannien	1202,778	27,279
Irland	34,021	0,000
Italien	841,345	10,145
Luxemburg	50,089	0,238
Niederlande	836,260	13,161
Norwegen	243,245	7,587
Portugal	98,159	1,344
Österreich	283,869	3,952
Schweden	343,011	7,717
Schweiz	418,544	6,498
Spanien	402,330	6,379
Türkei	110,520	2,720
Total	9.099,816	152,299

Quelle: <http://www.adb.org/Documents/Others/QPS/2007/Q407tb78.pdf>

Der Asiatische Tsunamifonds, gegründet im Februar 2005, erhielt von Luxemburg eine Summe in Höhe von 1,0 Millionen US-Dollar zur Sanierung von Bewässerungsanlagen in den indonesischen Provinzen Aceh und Nordsumatra¹⁴.

Finnland und Norwegen sagten dem Erdbebenfonds für Pakistan, gegründet im November 2005, eine Summe von 12,3 Millionen bzw. 5 Millionen US-Dollar zu¹⁵.

Darüber hinaus haben europäischen Staaten zu einer Vielzahl anderer spezieller Fonds beigetragen, wie dem *Financial Development Partnership Fund*, dem *Gender and Development Fund*, dem *Poverty, and Environmental Fund* oder dem *Cooperation Fund for the Water Sector*.

Channel Financing Arrangements

Zusätzlich zu den OCR und den Sonderfonds verwaltet die ADB sogenannte *channel financing arrangements* über eine Reihe von Treuhandfonds, die von bilateralen Geldgebern bereitgestellt werden, zur Förderung technischer Unterstützung und zinsgünstiger Kredite. Unter einem solchen Abkommen, treffen die Geldgeber und die ADB eine umfassende Vereinbarung, nach der die Geldgeber ungebundene Geldmittel bereitstellen, die zwar von der ADB verwaltet, aber nicht

¹⁴ Australien leistete umgerechnet einen Beitrag von 3,7 Millionen US-Dollar für Wiederaufbaumaßnahmen in Sri Lanka und die ADB hatte zu Beginn einen Beitrag von 600 Millionen US-Dollar:

<http://www.adb.org/tsunami/atf/default.asp>

¹⁵ Australien stellte 15,0 Millionen US-Dollar bereit, der anfängliche ADB-Beitrag betrug 80 Millionen US-Dollar. Quelle: Annual Report 2006, Vol II, Management's Discussion and Analysis

Teil der eigenen Ressourcen der ADB werden. Die Geldgeber können einen Sektor oder ein Empfängerland angeben.

Seit 1980 wurden 18 solcher Vereinbarungen getroffen, darunter mit 11 Staaten aus Europa¹⁶.

IV. Co-Finanzierung

Die ADB mobilisiert finanzielle Ressourcen auch durch ihre Co-Finanzierung mit offiziellen und kommerziellen Geldgebern sowie Exportkreditagenturen, um die Wirkung ihrer Unterstützung zu maximieren. Co-Finanzierung von ADB-Projekten kann in Form von Darlehen, technischer Unterstützung, Zahlungskomponenten von Projekt-Darlehen, oder Darlehensteigernden Produkten, wie Garantien, erfolgen.

Co-Finanzierung steigert ebenfalls die Attraktivität eines sonst nicht bankfähigen Projekts, da eine Garantie für politische Risiken (*Political Risk Guarantee* PRG) von Seiten der ADB und der Regierung gegeben wird.

Seit 1970, hat die ADB eine Gesamtsumme von 49,5 Milliarden US-Dollar an Co-Finanzierung für 692 Projekte arrangiert (offizielle Geber 25,0 Milliarden US-Dollar, kommerzielle 24,5 Milliarden US-Dollar).

Die aufgebrauchten 49,5 Milliarden US-Dollar sind geringer als die durch die ADB in den internationalen Kapitalmärkten aufgebrauchte Summe für ihre gewöhnlichen Kapitalressourcen (OCR 53,2 Milliarden US-Dollar) und entsprechen mehr als dem Doppelten der Summe, die die ADB von Gebern des Asiatischen Entwicklungsfonds erhalten hat (24,4 Milliarden US-Dollar)¹⁷.

Aus der Gesamtsumme waren 40,9 Milliarden US-Dollar (83%) für 649 Projekte des öffentlichen Sektors, 8,6 Milliarden US-Dollar (17%) für 43 Projekte des privaten Sektors. Der Energiesektor machte 21,6 Milliarden US-Dollar (44%) aus, gefolgt von Transport und Kommunikation (12,6 Milliarden US-Dollar bzw. 26%), und Industrie und Handel (3,7 Milliarden US-Dollar bzw. 7%).

Co-Finanzierung mit europäischen Staaten belief sich im Zeitraum von 1970 bis 2006 auf insgesamt fast 6,5 Milliarden US-Dollar¹⁸. Zwischen 1970 und 2006 hatte die ADB 15 bilaterale Co-Finanzierer aus Europa (Darlehen mit und ohne Konzessionen)¹⁹, 6 Agenturen mit Sitz in Europa (Darlehen mit und ohne Konzessionen)²⁰, und 13 kommerzielle Quellen²¹. Darüber hinaus gab es 6 Exportkreditagenturen²²

¹⁶ Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien; Für die Beiträge und Projekte vgl.: Fact sheets der einzelnen Länder.

¹⁷ www.adb.org/cofinancing

¹⁸ www.adb.org/ero

¹⁹ Germany 1,095.71 million USD, UK 1,069.03 million USD, France 544.14 million USD, The Netherlands 345.53 million USD, Norway 184.09 million USD, Sweden 146.35 million USD, Denmark 111.82 million USD, Switzerland 90.59 million USD, Czechoslovakia 46.00 million USD, Belgium 24.17 million USD, Finland 18.06 million USD, Spain 17.80 million USD, Italy 5.00 million USD, Ireland 1.80 million USD, Bulgaria 0.20 million USD (Source: ADB Cofinancing 2006 <http://www.adb.org/Documents/Others/Cofinancing/IN90-06.pdf>)

²⁰ European Investment Bank 524.76 million USD, European Union 235.94 million USD, European Community 216.0 million USD, Nordic Development Fund 197.97 million USD, Nordic Investment Bank 55.50 million USD, European Bank for Reconstruction and Development 25.00 million USD (Source: ADB Cofinancing April 2006 <http://www.adb.org/Documents/Others/Cofinancing/IN90-06.pdf>)

Offizielle Co-Finanzierung ist ein Arrangement, unter dem die ADB und andere offizielle Unterstützeragenturen, sowohl bilateral als auch multilateral, ein von der ADB unterstütztes Projekt oder Programm finanzieren.

Im Zeitraum von 2001 bis 2005 beliefen sich die Darlehen von offiziellen Geldgebern auf insgesamt 3,3 Milliarden US-Dollar und machten etwa 20 Prozent der gesamten Co-Finanzierung der ADB im selben Zeitraum aus. Japan stellte 42 Prozent der offiziellen Darlehens-Co-Finanzierung der ADB in dieser fünfjährigen Periode, gefolgt von der Weltbank (29%), Frankreich (13%), dem Fonds der Organisation der Öl exportierenden Länder (OPEC) (3,2%), und der Europäischen Investitionsbank (3%)²³.

Offizielle Geldgeber:

Bilateral

Staat	Geldgeberagentur
Belgien	Directorate General for International Cooperation (DGIC)
Dänemark	Danish International Development Assistance (DANIDA)
Deutschland	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Deutschland	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Finnland	Ministry for Foreign Affairs
Frankreich	Ministry for Foreign Affairs - Directorate General for International Cooperation and Development (DGICD)
Frankreich	Agence Francaise de Développement (AFD)
Großbritannien	Department for International Development (DFID)
Japan	Japan International Cooperation Agency (JICA)
Japan	Japan Bank for International Cooperation (JBIC)
Kanada	Canadian International Development Agency (CIDA)
Korea	Economic Development Cooperation Fund (EDCF)
Kuwait	Kuwait Fund for Arab Economic Development (KFAED)
Neuseeland	New Zealand Agency for International Development (NZAID)
Niederlande	Ministry of Foreign Affairs
Norwegen	Royal Ministry of Foreign Affairs
Norwegen	Norwegian Agency for Development Cooperation (NORAD)
Österreich	Australian Agency for International Development (AusAID)
Spanien	Ministry of Commerce and Trade
Schweden	Swedish International Development Cooperation Agency (Sida)
Schweiz	Swiss Agency for Development and Cooperation (SDC)
Schweiz	State Secretariat for Economic Affairs (SECO)
Taipei, China	International Cooperation Development Fund (ICDF)
Vereingte Staaten	United States Agency for International Development (USAID)

²¹ France 924.09 million USD, Germany 435.49 million USD, The Netherlands 168.52 million USD, Belgium 137.38 million USD, Spain 134.71 million USD, Austria 122.38 million USD, Italy 113.60 million USD, Switzerland 71.52 million USD, UK 60.77 million USD, Sweden 16.00 million USD, Luxembourg 14.00 million USD, Portugal 7.50 million USD, Finland 0.68 million USD (Source: ADB Cofinancing April 2006 <http://www.adb.org/Documents/Others/Cofinancing/IN90-06.pdf>)

²² France 337.40 million USD, Germany, 252.75 million USD, Spain 75.65 million USD, Austria 65.88 million USD, Belgium 13.33 million USD, Italy 6.50 million USD (Source: ADB <http://www.adb.org/Documents/Others/Cofinancing/IN94-05.pdf>)

²³ www.adb.org/cofinancing

Multilateral

European Investment Bank (EIB)
European Union (EU)
Food & Agriculture Organization (FAO)
Global Environment Facility (GEF)
International Bank for Reconstruction & Development (IBRD)
International Development Association (IDA)
International Finance Corporation (IFC)
International Fund for Agricultural Development (IFAD)
Islamic Development Bank (IsDB)
Nordic Development Fund (NDF)
Nordic Investment Bank (NIB)
The OPEC Fund for International Development (OPEC Fund)
United Nations International Drug Control Programme (UNDCP)
United Nations Development Programme (UNDP)
United Nations Children's Fund (UNICEF)
United Nations Industrial Development Organization (UNIDO)
United Nations Population Fund (UNFPA)
World Health Organization (WHO)

Zuschüsse und Darlehen durch offizielle Geldgeber waren die größte Quelle für die Geldmittel der co-finanzierten ADB-Tätigkeiten. Zwischen 1970-2006 organisierte die ADB offizielle Co-Finanzierung in Höhe von 8,8 Milliarden US-Dollar, für 218 Projekte. Seit 2002 betrug die offizielle Co-Finanzierung für ADB-Projekte im Durchschnitt 407 Millionen US-Dollar pro Jahr.

Große offizielle Co-Finanzierer zwischen 2002 - 2006 (Top fünf)

Japan	562 Millionen US-Dollar	28 %
Großbritannien	280 Millionen US-Dollar	14 %
Frankreich	214 Millionen US-Dollar	11 %
Niederlande	211 Millionen US-Dollar	10 %
Europäische Gemeinschaft	188 Millionen US-Dollar	9 %

Kommerzielle Co-Finanzierung

Kommerzielle Quellen der Co-Finanzierung umfassen kommerzielle Banken, Versicherungsagenturen, institutionelle Investoren und Exportkreditagenturen.

Die ADB setzt die Förderung kommerzieller Co-Finanzierung fort, um Ressourcen aus dem Privatsektor zu mobilisieren. Von 1970 bis 2005 belief sich die Summe der kommerziellen Co-Finanzierung (einschließlich Exportkreditagenturen) für Projekte des öffentlichen, als auch des privaten Sektors auf 24,5 Milliarden US-Dollar für 186 Projekte und betrug seit 2003 im Durchschnitt 2,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend kurzfristig fortsetzen wird²⁴.

²⁴ www.adb.org/cofinancing

Im letzten Jahrzehnt beliefen sich kommerzielle und Exportkredit-Co-Finanzierung auf 18,1 Milliarden US-Dollar, für 91 Projekte, bzw. auf 64 Prozent der gesamten co-finanzierten Tätigkeiten der ADB in dieser Zeit. Während der letzten fünf Jahre belief sich die jährliche Summe an Co-Finanzierung auf etwa 3,3 Milliarden US-Dollar, mehr als die jährliche Summe an ADB-Darlehen für Projekte mit Co-Finanzierung (2,6 Milliarden US-Dollar).

Im Jahr 2006, hat die ADB ihre Co-Finanzierungs-Strategie und ihre Garantietätigkeiten überarbeitet. Unter ihrer neuen Finanzierungsstrategie (*Financing Partnership Strategy*) versucht die Bank, die Ressourcen aus dem privaten Sektor, auch aus europäischen Quellen, weiter zu vergrößern²⁵.

Das *Greater Mekong Subregion* (GMS)²⁶ Programm der ADB ist ein regionales Kooperationsprojekt, bei dem europäische Spender große Summen zur Co-Finanzierung beitragen. Das GMS wurde konzipiert mit dem Ziel, das Wachstum und die Entwicklung der Region zu fördern. Teil dieses regionalen Programms ist die Entwicklung des Energiesektors, des Transports, des Telekommunikationssektors, die Entwicklung der Infrastruktur und die Förderung von Handel und Tourismus. Die Co-Finanzierung großer Infrastrukturprojekte, wie Dämme, Eisenbahnen und Straßen, kommt u.a. von der Agence Française de Développement (AFD), der Nordischen Investitionsbank, dem Nordischen Entwicklungsfonds und der Europäischen Investitionsbank²⁷. Beim kontroversen *Nam Theun II* – Staudamm-Projekt in Laos, ist ein europäisches Unternehmen, Électricité de France (EdF), der größte Anteilseigner der NTPC, dem *Nam Theun II* Bauunternehmer. Norconsult, ein norwegischer Gutachter, wurde von der ADB zur Ausarbeitung der Pläne für die Elektrizität, das Stromnetz und von Dammprojekten für die GMS engagiert.

Andere durch europäische Geber finanzierte Projekte, weisen eine lange Liste von Fehlern und Verstößen gegen die ADB Umwelt- und Umsiedlungsrichtlinien auf. Beim *Chashma Right Bank Irrigation*-Projekt in Pakistan führte die Konstruktion eines 274 Kilometer langen Kanals entlang des Indus-Flusses mit seinen Verteilerkanälen, Entwässerungsanlagen und Brücken zu der unfreiwilligen Vertreibung Tausender Menschen und dem Verlust des Lebensunterhalts in Folge von Landübernahme und Überschwemmung. Die Deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellte ein Darlehen in Höhe von 45,25 Millionen Euro bereit, zog sich später allerdings zurück.

Das *Melamchi Water Supply*-Projekt in Nepal, einschließlich der Konstruktion eines 26 Kilometer langen Tunnels nach Kathmandu, der den Melamchi Fluss umleitet, wurde ursprünglich von der ADB und der Weltbank mit zusätzlichen Geldquellen der Schwedischen Internationalen Entwicklungsagentur (SIDA) und der Norwegischen Agentur für Entwicklung (NORAD) finanziert. Die Weltbank, SIDA und NORAD zogen sich später aus dem Projekt zurück und gaben als Grund die Unzufriedenheit mit dem Fortschreiten des Projekts und der ADB, sowie ihre Besorgnis über Nepals instabile politische Situation an. Gegenwärtig sucht die ADB wieder nach Partnern aus dem privaten Sektor, um das Projekt erneut aufzunehmen.

²⁵ ADB Financing Partnerships, April 2007

²⁶ The GMS umfasst China's Yunnan Provinz, Thailand, Lao PDR, Burma, Kambodscha, und Vietnam

²⁷ ADB Cofinancing April 2006 <http://www.adb.org/Documents/Others/Cofinancing/IN90-06.pdf>

Unternehmensbeziehungen

Aus den Darlehen für Projekte und Aktivitäten in den sich entwickelnden Mitgliedstaaten in Asien und dem pazifischen Raum, die die ADB jährlich bereitstellt, entfallen Milliarden US-Dollar für die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Baumaßnahmen.

Seit 1967 wurden europäischen Unternehmen und Konzernen gut 12,69 Milliarden US-Dollar durch Vermittlungsverträge für ADB-finanzierte Projekte gewährt²⁸. Einige der bekanntesten großen Unternehmen aus Europa, denen regelmäßig Verträge zugesprochen wurden, sind Alstom-Voith-Fuji, Geismar, Électricité de France, Sofregaz, Siemens, MAN oder Norplan.

Die folgende Tabelle mit einem Vergleich der gesamten Beitragsleistungen zur ADB und den Darlehen aus Vermittlungsverträgen zeigt, dass Darlehen aus Vermittlungsverträgen für die Geberländer mitunter sehr viel höher ausfallen als deren Beiträge. Das Engagement in der ADB ist damit von großem Gewinn für die Geberländer.

Geberländer	Summe der ADB Beiträge (in Mio. US-Dollar)		Gesamt Vermittlungsverträge (in Mio. US-Dollar umgerechnet)		Verhältnis	Rang
	Summe	Prozent	Summe	Prozent		
Belgien	263,808	0,71	374,878	0,40	1,42	29
Dänemark	298,712	0,81	343,144	0,36	1,15	31
Deutschland	2330,631	6,29	3230,497	3,42	1,39	8
Finnland	170,564	0,46	248,281	0,26	1,46	35
Frankreich	1537,628	4,15	1489,805	1,58	0,97	18
Großbritannien	1309,928	3,54	2293,910	2,43	1,75	12
Irland	47,391	0,13	9,728	0,01	0,21	57
Italien	922,190	2,49	1916,617	2,03	2,08	16
Japan	1,602	39,41	8683,633	9,20	0,59	3
Luxemburg	63,697	0,17	1,008	0,00	0,002	62
Niederlande	889,530	2,40	772,817	0,82	0,87	23
Norwegen	264,139	0,71	102,729	0,11	0,39	43
Österreich	301,128	0,82	315,666	0,33	1,05	33
Portugal	112,873	0,30	2,413	0,00	0,02	60
Schweden	364,035	0,98	510,398	0,54	1,40	26
Schweiz	447,883	1,21	1043,561	1,11	2,33	20
Spanien	422,016	1,14	186,119	0,20	0,44	39
Türkei	126,547	0,34	507,490	0,54	4,01	27
Zum Vergleich:						
China	283,699	13,43	13162,919	13,95	46,40	1
Indien	250,676	11,87	9996,702	10,59	39,88	2
USA	4444,210	11,99	6616,983	7,01	1,49	5

Quelle: <http://www.adb.org/Documents/Others/QPS/2007/Q407tb78.pdf>, Zeitraum vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 2007

²⁸ www.adb.org/ero

Vermittlungsverträge

Die Vermittlungsverträge werden nach internationalen Ausschreibungen vergeben, an denen ausschließlich Unternehmen aus den Mitgliedstaaten teilnehmen dürfen. Der Mangel an Transparenz, Betrug und Korruption sind Vorwürfe und Sorgen, denen die ADB häufig gegenüber treten muss, und besonders Tätigkeiten im privaten Sektor scheinen anfällig zu sein für Korruption. Im Jahr 2006 schloss die Weltbank die deutsche Unternehmensberatung Lahmeyer International – die in der Vergangenheit ebenfalls einige Beraterverträge mit der ADB gewonnen hatte – für sieben Jahre von Bank-finanzierten Verträgen aus, weil sie den Geschäftsführer des Lesotho Highlands Wasser-Projekts bestochen hatte.

V. ADB-Projekte mit Beteiligung europäischer Unternehmen

- **Phulbari Open Pit Mine, Bangladesch**

Global Coal Management (GCM), ein in Großbritannien börsennotiertes Unternehmen, plant die Betreibung eines Tagebaus, welcher in Phulbari, Bangladesch, jährlich 15 Millionen Tonnen Kohle fördern würde. Dieses Gebiet ist ein Schlüsselgebiet für die Reisproduktion, das zur Lebensmittelversorgung Bangladeschs beiträgt. Abgesehen von den Auswirkungen auf die Umwelt ist die Zahl der durch das Projekt voraussichtlich betroffenen Menschen umstritten. Einem durch die Regierung Bangladeschs in Auftrag gegebenen Bericht eines Expertenkomitees zufolge würden über 129.000 Menschen direkt und 220.000 Menschen indirekt betroffen werden. GMC schlägt durch sein Tochterunternehmen in Bangladesch, Asia Energy, einen Abbau von über 30 Jahren vor. Aufgrund massivem zivilen Widerstandes überlegt die ADB nun, sich aus dem Projekt zurückzuziehen.

- **Lafarge Surma Cement Projekt in Meghalaya, Nordost Indien**

Um der wachsenden Nachfrage nach Zement und Baumaterialien zu begegnen, entschlossen sich die Lafarge Group of France und Cementos Molins of Spain – Lafarge Surma Cement Pvt. Ltd. (LSC) – eine Zementfabrik in Bangladesh zu errichten, während die Rohstoffe aus dem Khasi Gebiet im Staat Meghalaya im Nordosten Indiens, bezogen werden. Das Lafarge Surma Zement - Projekt ist das erste Projekt, das die ADB im Nordosten Indiens sowie in der *South Asia Sub-regional Economic Cooperation* (SASEC) finanziert.

Das Lafarge Surma Zement-Projekt führte zur Aneignung von Land, welches traditionell im Besitz des Khasi-Volkes in Meghalaya war. Das Projekt führte ebenfalls zu der Zerstörung von Waldflächen, die u.a. traditionell für den Anbau von Reis und anderen saisonalen Gewächsen und Heilpflanzen genutzt wurden. Die ADB (und IFC) ist bei dieser Aneignung als Hypothekengläubiger aufgetreten. Das Sprengen von Anhöhen und Wäldern verursachte Schäden, die zu künstlichen Veränderungen im Wasserflusssystem führen und die sich in der Folge auf andere Aspekte des täglichen Lebens auswirken werden.

Die ADB gebrauchte keine ihrer Richtlinien im Hinblick auf unfreiwillige Umsiedlung, die ortsansässige Bevölkerung und die Umwelt. Ungeachtet der Beschwerden durch die Betroffenen hat die ADB wenig dazu beigetragen, die Sorge zu mindern.

(Quelle: Ramananda Wangkheirakpam, North East People's Alliance on Trade Finance and Development, North East India through Panos South Asia)

- **Lafarge Zement Fabrik in Aceh, Semen Andalas Indonesien, Indonesien**

Im Jahr 2007 bewilligte die ADB ein Darlehen aus dem privaten Sektor in Höhe von 45 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau der sich im Besitz von Lafarge befindenden Semen Andalas Indonesia (SAI) Zement Fabrik in Aceh, Indonesien, nachdem diese im Dezember 2004 durch den Tsunami zerstört worden war. Als Lafarge/SAI dort noch tätig war, litten die Menschen in der Umgebung unter Atembeschwerden in Folge von Luftverschmutzung. Durch den Bergbau wurde auch die Ernte zerstört. Trotz dieser Bilanz von Lafarge/SAI wurde das neue Darlehen gewährt, unter Verletzung der ökologischen und sozialen Sicherheitsrichtlinien der ADB. Es fanden keine angemessenen Beratungen statt. Als Folge der ungelösten Probleme vergangener Aktivitäten und Praktiken von Lafarge/SAI, des Mangels an jedweder öffentlicher Diskussion im Hinblick auf mögliche Lösungen für die Probleme und des Fehlens klarer Schritte zur Verhinderung zukünftiger ökologischer und sozialer Schäden dauern die Konflikte zwischen Ortsansässigen und dem Unternehmen an.

(Quelle: Titi Soentoro (Nadi), Dewi Puspa and Rism Umar (Solidaritas Perempuan Aceh) Risma Umar (Solidaritas Perempuan) and Stephanie Fried/ Environmental Defense Fund. "Three people and a goal", In: NGO Forum on ADB series: Development Debacles Part II (for publication))

VI. NGO-Engagement im Norden und Süden

Die Rolle des NGO-Forums zur ADB

In Anbetracht des Einflusses der ADB auf Asien und die Pazifikregion ist es für das NGO-Forum zur ABD wichtig, aktiv am *capacity building* von zivilgesellschaftlichen Organisationen (*civil society organizations* CSO) in der Region beteiligt zu sein, sowohl besorgten Einzelpersonen, als auch Betroffenen, zu helfen die ADB und ihre Aktivitäten besser zu verstehen und die mit der ADB in Verbindung stehenden Kampagnen an die Führung der Bank heranzutragen.

Als die entscheidendste und kontroverseste Internationale Finanzinstitution (IFI) innerhalb der Region²⁹, ist es für zivilgesellschaftliche Organisationen im asiatisch-pazifischen Raum und Europa von großer Bedeutung etwas über den Kampf der Menschen und Gemeinschaften gegen ADB-Projekte, deren Politik und Programme zu erfahren. Ebenso ist es für diese Gruppe unerlässlich, Fälle, in denen ökologische und natürliche Ressourcen ausgebeutet und die Rechte der durch Projekte betroffenen Familien, Einzelpersonen und einheimischen Bevölkerung, die durch die Aktivitäten der ADB verletzt wurden, zu beobachten und ihnen nachzugehen. Seit 1992 hat das Forum durch folgende Aktivitäten Anstrengungen unternommen eine Basis für eine aktivere und kritische Beteiligung an mit der ADB zusammen hängenden Entwicklungsprozessen zu entwickeln: Lobbyarbeit, Verbreitung von Informationen, Forschung, Publikationen und *capacity-building*. Zusätzlich haben diese Aktivitäten zur Errichtung eines multidisziplinären, obschon dynamischen zivilgesellschaftlichen Netzwerks geführt, welches als Anlaufpunkt für den Austausch von Informationen, analytischen und abweichenden Ansichten und individueller und organisierter Expertise diente.

Darüber hinaus, hat sich das Forum unverwandt mit der Marginalisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Entwicklungs- und Demokratisierungsprozess, besonders in den sich entwickelnden Mitgliedstaaten der ADB (*Developing Member Countries*

²⁹ vgl.: (a) Hemantha Withanage, Romil Hernandez und Ronald Masayada: "Development Debacles: A Look into ADB's involvement in environmental degradation, involuntary resettlement and violation of Indigenous people's rights", September 2006; und (b) "Changing Advocacy for Changing Business", In: Bankwatch Vol 6, Nr.1, März 2007

DMC), beschäftigt und dagegen geklagt. In einigen asiatischen Ländern, wurde die Beteiligung an diesen Prozessen beschränkt auf die neue Elite, Politiker, Bürokraten und sogar Militärs.

Angesichts dessen besteht für das Forum und gleich gesinnte Organisationen die Notwendigkeit, auf ihren bisherigen Leistungen aufzubauen und die Kenntnisse dieser Organisationen darüber, wie sie am besten mit der ADB und ihren jeweiligen Regierungen im Hinblick auf problematische Projekte und Programme zusammenarbeiten können, zu vertiefen. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen ihre Verantwortungen und Rechte als wichtige Interessengruppen der Entwicklung, aber auch die verfügbaren legalen Mittel und nicht-legalen Mechanismen kennen, so dass sie diese nutzen und erkunden können, um Gerechtigkeit zu erreichen.

Gegenwärtig verfügt das Forum über eine starke Basis in Süd- und Südostasien. Es ist ebenfalls aktiv in der Mekong-Region sowie Zentralasien und dem Kaukasus. Zum Netzwerk zählen auch Mitglieder und Partner in Europa, Australien und den USA. Es arbeitet weiter daran, seine Arbeit auf den pazifischen Inseln auszudehnen.

NGOs in Europa und den Geberländern

In vielen europäischen Geberländern sind die Beachtung, das Bewusstsein und das Interesse der zivilgesellschaftlichen und Nichtregierungsorganisationen an der ADB weiterhin sehr gering. Dies steht im starken Kontrast zum eher aktiven NGO-Interesse gegenüber der Weltbank oder dem IWF. Diese Finanzinstitutionen erhalten insgesamt eine größere öffentliche Beachtung. Angesichts der bedeutenden Rolle, die die ADB bei der wirtschaftlichen Entwicklung und der Armutssenkung in ihren asiatisch-pazifischen Mitgliedstaaten spielt, verbunden mit den großen Hilfs- und Finanzleistungen aus den europäischen Staaten ist es für europäische zivilgesellschaftliche Organisationen höchste Zeit, Verbindungen und Koalitionen mit den entsprechenden Organisationen in Asien, den USA und Australien zu schaffen.

Da öffentliche europäische Gelder für ADB-Projekte und Programme verwendet werden, haben die verantwortlichen Ministerien der Geberländer darüber zu urteilen, ob und in welchem Maße die ADB ihre versprochenen Entwicklungsziele erreicht hat. Das „Erreichen von Zielen“ und der „Erfolg“ ihrer Tätigkeiten sind schwer zu messen, da die Effekte der Entwicklungstätigkeiten der ADB größtenteils in sozi-ökonomische und ökologische Kosten und Gewinne umgewandelt werden. Für die Beurteilung der Leistung der ADB verlassen sich die Regierungen der Geberländer einzig auf die Auswertung der Durchführung und die Berichte, die von der ADB selbst vorbereitet oder in Auftrag gegeben werden. Idealerweise sollte Regierungen für eine objektivere und umfassendere Beurteilung unabhängige Gutachter mit einbeziehen. Es gibt zahlreiche NGOs und lokale Interessengruppen, die u.a. über verheerende Projektfehler, nicht berücksichtigte Interessen der lokalen Gemeinden, mangelhafte Offenlegung von Informationen und Fehlern bei der Haftung berichten³⁰.

In vielen Fällen von mangelnder Offenlegung von Informationen über Projekte, stehen die erwarteten negativen und positiven Auswirkungen von Seiten der ADB im Gegensatz zu den Informationen von Projekt betroffenen Gemeinden und ihrer assoziierten Organisationen³¹. Und

³⁰ vgl.: Henneke Brink „On the Asian Development Bank and Donor Countries that hear and See Little Evil“. In: *BanglaPraxis* Vol 2, Nr. 1, Juni 2004

³¹ Das aktuellste Beispiel bietet der Plan für das *Phulbari Coal Mine*-Projekt in Bangladesch. Die ADB schätzte die Zahl der von Umsiedlung betroffenen Personen auf etwa 50,000, ein von der Regierung von Bangladesch

oftmals werden Entscheidungsträger in den europäischen Ministerien und der ADB ertappt, dass sie unwissend sind über diese kritischen Lücken, die schädliche ökologische und soziale Auswirkungen verhindern können, oder hätten verhindern können.

An diesem Punkt ist die Zusammenarbeit und Solidarität zwischen NGOs im Norden und Süden (wie im Fall des NGO-Forums) sehr erforderlich. Das Zusammenwirken ihrer Bemühungen hilft, die Stimmen der Betroffenen in ihrem Kampf für den Schutz ihres Lebens und ihres Unterhalts gegen schlecht durchdachte und realisierte ADB-unterstützte Projekte und Programme zu verstärken.

Durch eine verstärkte Kooperation mit südlichen Partnern können NGOs aus dem Norden die Belange lokaler Interessengruppen an die Entscheidungsträger der Geberländer herantragen. Angesichts dessen, dass lokale Interessengruppen die besten Kenntnisse über die tatsächlichen Auswirkungen von ADB-Tätigkeiten besitzen, ist ihr Input (getragen von der europäischen Zivilgesellschaft) entscheidend für jede gut gemeinte Anstrengung der einzelnen Geberländer, die ADB-Tätigkeiten angemessen zu beurteilen, und ihre Beiträge zu dieser Institution kritisch zu überprüfen.

Des Weiteren können europäische NGOs eine wichtige Rolle spielen, indem sie das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit darüber steigern, dass ihre Regierungen Mitglieder und Geldgeber der ADB sind. Ferner können sie hervorheben, wie ihre jeweiligen Regierungen das Geld ihrer Steuerzahler ausgeben. Es ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger zu wissen, wie ihr Geld von der ADB, im Namen der Armutsreduzierung in Asien und der Pazifikregion, sinnvoll genutzt und nicht verschwendet wird.

Die Überwachung des privaten Sektors und europäischer Unternehmen, die zur Co-Finanzierung von ADB-Projekten beitragen und die Verträge über lukrative Aufträge erhalten, ist ebenfalls eine herausfordernde Aufgabe, die von europäischen NGOs aufgegriffen werden sollte.

Sie sollten die Regierungen der Geberländer außerdem dazu verpflichten, sich verantwortlich und haftbar zu machen für ihre politischen Richtlinien in Hinblick auf Umwelt, Soziales und Arbeitsrechte, die für ihr eigenes Land Gültigkeit haben und deshalb auch bei Tätigkeiten der ADB respektiert werden sollten.

Jeder sollte sich frei fühlen, an den geschäftsführenden Direktor seines Landes und das verantwortliche Ministerium heranzutreten und das Problem kritischer Projekte und Programme aufzuwerfen. In einigen Geberländern wurden Arbeitsbeziehungen mit den Ministerien errichtet und in regelmäßigen Treffen werden Richtlinien und Projekte diskutiert.

Auch von parlamentarischen kann auch Gebrauch gemacht werden, um die Regierung haftbar zu machen. Dazu muss man nur einen interessierten Parlamentarier finden – häufig in parlamentarischen Ausschüssen für Menschenrechte oder wirtschaftliche Zusammenarbeit – der parlamentarische Anfragen und Anträge an die Regierung heranbringen kann. Dies ist insofern ein strategisches Vorgehen, da das Parlament den Haushalt verabschieden muss und damit auch das Geld, welches an multilaterale Organisationen geleitet wird.

eingesetztes Expertenkomitee schätzte die Zahl der direkt durch das Projekt betroffenen Personen auf etwa 129.000, eine Zahl die in Folge von sinkenden Grundwasser auf 220.000 ansteigen könnte, die Schätzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind sogar noch höher.

Organisationen in Europa, die gegenwärtig die ADB-Tätigkeiten verfolgen:

Belgien

11.11.11. - Koepel van de Vlaamse
Noord-Zuidbeweging, Belgium
Vlasfabriekstraat 11
1060 Brussel
België
Tel. +32 (0)2 536 11 13
Fax +32 (0)2 536 19 10
Email: info@11.be
www.11.be

Deutschland

Asienhaus
Bullmannaue 11
45327 Essen
Tel: +49-(0)201.8303825
Fax : +49-(0)201.8303830
Email: aseinhaus@asienhaus.de
www.asienhaus.de

urgewald
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Tel: +49 (0) 2583/1031
Fax: +49 (0) 2583/4220
Email: knud@urgewald.de
www.urgewald.de

Großbritannien

Forest Peoples Programme
1c Fosseyway Business Centre
Stratford Road
Moreton-in-Marsh
GL56 9NQ
England
Tel: +44 (0)1608 652893
Fax: +44 (0)1608 652878
Email: info@forestpeoples.org
www.forestpeoples.org

IFI Watch Network,
United Kingdom (nun in Uruguay)
Email: info@ifivatchnet.org
www.ifivatchnet.org

Niederlande

Both ENDS
Nieuwe Keizersgracht 45
1018 VC Amsterdam
The Netherlands
Tel: +31 20 6230823
Fax: +31 20 6208049
Email: info@bothends.org
www.bothends.org

Friends of the Earth International
secretariat po box 19199,
1000 gd Amsterdam,
Tel: +31 20 622 1369
Fax: +31 20 639 2181
<http://www.foei.org>

Greenpeace International
Ottho Heldringstraat 5
1066 AZ Amsterdam
Tel: (+31) 20-7182000
Fax: (+31)20-5148151
Email: [supporter.services@int.
greenpeace.org](mailto:supporter.services@int.greenpeace.org)
www.greenpeace.org

Norwegen

FIVAS (Association for International Water
Studies)
Foreningen for internasjonale vannstudier
(FIVAS)
Solidaritetshuset
Osterhausgate 27
0183 Oslo
Tel: +47 22 98 93 25
Fax +47 22 98 93 01
Email: fivas@fivas.org
www.fivas.org

Tschechische Republik

CEE Bankwatch Network
Jicinska 8
Praha 3, 130 00
Czech Republic
Tel: +42 (0) 274 816 571
Fax: +42 (0) 274 816 571
Email: main@bankwatch.org
www.bankwatch.org/

Anhang

- 1) Geschäftsführende Direktoren, Stellvertreter und Ländergruppen
- 2) Co-Finanzierung nach Ländern
- 3) Anschrift der geschäftsführenden Direktoren und ihrer Stellvertreter

1) Geschäftsführende Direktoren, Stellvertreter und Ländergruppen

Geschäftsführende Direktoren, stellvertretende geschäftsführende Direktoren und Ländergruppen		
Geschäftsführender Direktor	Stellvertreter	Gruppen
Howard Brown	Patrick Brandt	Dänemark; Finnland; Irland; Kanada; Niederlande; Norwegen; Schweden
Sebastian Paust	Ugur Salih Ucar	Deutschland; Großbritannien; Luxemburg; Österreich; Türkei
Patrick Pillon	Joao Simoes de Almeida	Belgien; Frankreich; Italien; Portugal; Schweiz; Spanien

2) Co-Finanzierung nach Ländern:

Vom 1. Januar 2002 – 31. Dezember 2008

Belgien

Investitionsprojekte: 4 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 60,27 Millionen US-Dollar

Kommerziell: 4 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 60,27 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 0,25 Millionen US-Dollar

Dänemark

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 23,70 Millionen US-Dollar

Beihilfen: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 23,70 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 23 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 8,18 Millionen US-Dollar

Deutschland

Investitionsprojekte: 5 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 281,72 Millionen US-Dollar

Kommerziell: 3 Projekte Co-Finanzierung in Höhe von 122,35 Millionen US-Dollar

Offiziell: 2 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 159,37 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 0,02 Millionen US-Dollar

Finnland

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 4,74 Millionen US-Dollar

Beihilfen: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 4,74 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 12 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 6,39 Millionen US-Dollar

Frankreich

Investitionsprojekte: 10 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 273,29 Millionen US-Dollar

Kommerziell: 6 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 214,50 Millionen US-Dollar

Offiziell: 4 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 58,79 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 9 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 6,11 US-Dollar

Großbritannien

Investitionsprojekte: 7 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 284,06 Millionen US-Dollar

Kommerziell: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 4,50 Millionen US-Dollar

Offiziell: 6 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 279,56 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 74 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 83,79 Millionen US-Dollar

Italien

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 5,00 Millionen US-Dollar

Kommerziell: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 5,00 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 4 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 1,83 Millionen US-Dollar

Niederlande

Investitionsprojekte: 14 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 221,42 Millionen US-Dollar

Beihilfen: 14 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 221,42 Millionen US-Dollar

Technische Unterstützung: 17 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 29,25 Millionen US-Dollar

Norwegen

Investitionsprojekte: 3 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 53,60 US-Dollar

Beihilfen: 3 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 53,60 US-Dollar

Technische Unterstützung: 3 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 1,87 US-Dollar

Portugal

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 3,00 US-Dollar

Kommerziell: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 3,00 US-Dollar

Schweden

Investitionsprojekte: 6 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 63,75 US-Dollar

Kommerziell: 6 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 63,75 US-Dollar

Technische Unterstützung: 9 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 15,41 US-Dollar

Schweiz

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 3,50 US-Dollar

Beihilfen: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 3,50 US-Dollar

Technische Unterstützung: 3 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 1,00 US-Dollar

Spanien

Investitionsprojekte: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 9,00 US-Dollar

Kommerziell: 1 Projekt, Co-Finanzierung in Höhe von 9,00 US-Dollar

Technische Unterstützung: 10 Projekte, Co-Finanzierung in Höhe von 4,29 Millionen US-Dollar

3) Anschrift der Geschäftsführenden Direktoren und ihrer Stellvertreter

Deutschland
Großbritannien
Luxemburg
Österreich
Türkei

Sebastian Paust – Geschäftsführender Direktor
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6067 (lokal)/ 6075 (direkt)
Fax: (632) 636-2056
Email: spaust@adb.org
Zimmer: Osten, Suite 11, Raum 9704
(Ausführender Assistent: Bles Maca
Email: bmaca@adb.org)

Ugur Salih Ucar – Stellvertreter
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6079 (lokal)/ 6078 (direkt)
Fax: (632) 636-2056
Email: uucar@adb.org
Zimmer: Osten, Suite 11, Raum 9716
(Ausführender Assistent: Chat Banes
Email: cbanes@adb.org)

Andrew McSkimming – Referent
Telefon: (632) 632-6075 (lokal)/ 6037 (direkt)
Fax: (632) 636-2056
Email: amcskimming@adb.org

Nicole Bintner-Bakshian – Referentin
Telefon: (632) 632-6075 (lokal)/ 6091 (direkt)
Fax: (632) 636-2056
Email: nbintner@adb.org

Belgien
Frankreich
Italien
Portugal
Schweiz
Spanien

Patrick Pillon – Geschäftsführender Direktor
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6035 (lokal)/ 6032 (direkt)
Fax: (632) 636-2044
Email: ppillon@adb.org
Zimmer: Süden, Suite 9, Raum 9624
(Ausführende/r Assistent/in: Clarisse Santos
Email: cmsantos@adb.org)

Joao Simoes de Almeida – Stellvertreter
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6036 (lokal)/ 6093 (direkt)
Fax: (632) 636-2044
Email: jsalmeidan@adb.org
Zimmer: Süden, Suite 9, Raum 9612
(Ausführende/r Assistent/in: Angelica B. Alejandro
Email: aalejandro@adb.org)

Johan Dubois – Referent
Telefon: (632) 632-6024 (lokal)/ 6021 (direkt)
Fax: (632) 636-2044
Email: jdubois@adb.org

Paola Pettinari – Referentin
Telefon: (632) 632-5084 (lokal)/ 6189 (direkt)
Fax: (632) 636-2044
Email: ppetinari@adb.org

Dänemark
Finnland
Irland
Kanada
Niederlande
Schweden

Howard Brown – Geschäftsführender Direktor
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6060 (lokal)/ 6023 (direkt)
Fax: (632) 636-2048
Email: hbrown@adb.org
Zimmer: Norden, Suite 3, Raum 9224
(Ausführende/r Assistent/in: Zenaida Pangan
Email: zpangan@adb.org

Patrick Brandt – Stellvertreter
Asiatische Entwicklungsbank
6 ABD Avenue, Mandaluyong City 0401
1550 Metro Manila, Philippinen
Telefon: (632) 632-6061 (lokal)/ 6062 (direkt)
Fax: (632) 636-2048
Email: pbrandt@adb.org
Zimmer: Norden, Suite 3, Raum 9224
(Ausführende/r Assistent/in: Rosete Kapunan-Ong
Email: ramkong@adb.org

Torben Bellers – Referent
Telefon: (632) 632-6063 (lokal)/ 6064 (direkt)
Fax: (632) 636-2048

Jean Couturier – Referent
Telefon: (632) 632-6086
Fax: (632) 636-2048
Email: jcouturier@adb.org